

richter richten

die lage

Das Sechste Gesetz zur Änderung des Hochschulrahmengesetzes enthält zwei Neuerungen: Ein Verbot von Studiengebühren im Erststudium und die Einführung einer Verfassten Studierendenschaft mit allgemeinpolemischen Mandat.

Gegen dieses Gesetz klagen 6 Bundesländer (Ba-Wü, Bayern, Hamburg, Saarland, Sachsen und Sachsen-Anhalt), da sie es für einen Eingriff in die Bildungskompetenz der Länder halten. Es geht also vordergründig nicht um Studiengebühren und Verfasste Studierendenschaft, sondern eher um das Recht des Bundes, in die Bildungshoheit der Länder einzugreifen.

die anhörung

Die Anhörung fand am 9. November in Karlsruhe vor dem Zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfG) statt. Neben den „Klagenden“ (die 6 Länder) und den „Verklagten“ (Bund) haben auch „sachkundige Dritte“ an der Anhörung teilgenommen. Diese „sachkundigen Dritten“ waren: Die Hochschulrektorenkonferenz, die Deutsche Forschungsgemeinschaft, das Deutsche Studentenwerk und, last but not least, der Freie Zusammenschluss von StudentInnenschaften (fzs), dem Dachverband dem auch der u-asta angehört.

Zu Beginn wurde vom Vorsitzenden des Senats festgehalten, dass es „gute republikanische Art“ sei, dass die Studierenden im Laufe des Tages mit einer großen Demo ihre Meinung kund tun. Danach durften wir erleben, dass innerhalb von 15 Minuten 4 Minister (Frankenberg für Baden-Württemberg; Goppel für Bayern; Dräger für Hamburg; Schreier für Saarland) ihre Klage (inkl. der politischen Auswirkungen, d.h. Pro & Contra der angeschnittenen Themen)

begründet haben. Üblicherweise kennt man ja PolitikerInnen eher als viel redende Menschen, die es nicht schaffen, etwas auf den Punkt zu bringen. Frankenberg verglich die deutsche Hochschulfinanzierung mit der im Ausland und stellte fest, dass dort, wo die private Finanzierung höher sei (also v.a. dort, wo es Studiengebühren gibt), auch die Universitäten einen besseren Ruf hätten. Daraus leitete er ab, dass Studiengebühren notwendig sind um im Wettbewerb mithalten zu können. Auch sei festzustellen, dass der Anteil von „bildungsfernen“ Schichten an Hochschulen im Ausland höher sei, trotz Studiengebühren.

Zur Verfassten Studierendenschaft wurde unter anderem von Goppel die Frage gestellt, ob sie überhaupt notwendig sei, da die hochschulpolitische Arbeit der kastrierten ASten in Bayern (KAStras!) ja gut funktionieren würde. Es bestünde hier also kein Bedarf einer bundesweiten Regelung.

Frau Bulmahn versuchte, die Gesetze zu begründen. Für die Studiengebühren sei es klar: Es dürfe kein Ungleichgewicht innerhalb Deutschlands geben, wenn jedes Bundesland seine eigene Suppe koche. Darauf folgte die Frage, warum sie ein bundesweites Verbot fordere, anstatt bspw. „sozial verträgliche“ Studiengebührenmodelle fest zuschreiben. Sie antwortete, dass die Realität bewiesen habe, dass Studiengebühren abschreckend wirken. Ebenso gebe es keinen Beweis, dass „sozial verträgliche“ Modelle existierten.

Zur Verfassten Studierendenschaft hat sie sich auch eindeutig positioniert: Inhaltlich sei sie notwendig, damit die Studierendenschaft, die zahlenmäßig größte Gruppe an der Universität, als „ernstzunehmende“ Gruppe wahrgenommen werden könne.

Formal begründete sie es damit, dass Rechtssicherheit geschaffen werden müsse, damit die Studierenden bundesweit ebenfalls agieren können.

Sascha Vogt, der für den fzs sprach, bekräftigte nochmals alle Argumente. Gerade bei der Verfassten Studierendenschaft hat er deutlich gemacht, dass es nicht sein kann, dass einE AStA-VorsitzendeR in Aachen nicht dasselbe tun darf wie eine einE AStA-VorsitzendeR in Hannover. Dass die ASten im Süden ganz besonders stark getroffen sind, erklärte sich von selbst.

Die ganzen juristischen Wortgefechte erspare ich euch. Als Nicht-Jurist könnte ich das sowieso nicht wirklich seriös wiedergeben.

Eine Grundstimmung konnte ich nicht ausmachen. Es bleibt spannend, wie die RichterInnen (sechs Männer und zwei Frauen) in den nächsten Monaten entscheiden werden.

DANIELE FRIJIA

[Daniele war zur Anhörung eingeladen und berichtete uns live, stereo und wie gewohnt schwarz auf weiß aus dem Gerichtssaal: mittendrin statt nur dabei.]

impresum

u-asta-info #725, 30.jg.

11.11.2004

2 Seiten, auflage: 800 Stück

redaktion und layout: hermann j. schmeh, jonathan dinkel
v.i.s.d.p.: hermann j. schmeh, c/o asta,
belfortstraße 24, 79085 Freiburg
(presse@u-asta.de)

laute mehrheit

„Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns die Bildung klaut!“ So schallte es gestern in der Karlsruher Innenstadt. Wir, man beachte das Photo, waren aus Freiburg mit dabei.

Morgens um 10.03 Uhr ging der Zug nach Karlsruhe. Vollgepackt mit Transparent, Sparschweinen und Studiengebührensäcken kamen wir dort an. Am Bahnhof trafen wir schon auf die ersten Gleichgesinnten aus Konstanz und Mainz, ähnlich bepackt wie wir, nicht wirklich schwer zu erkennen, und machten uns auf zu dem Treffpunkt in der Uni. Überrascht mussten wir feststellen, dass eine halbe Stunde vor Beginn der Demo kaum Karlsruher Studierende da waren: Die Mehrheit kam aus Sachsen. Die hatten einfach mal 500 ihrer Studis nach einer Mitternachtsparty in Leipzig in Busse gepackt und nach Karlsruhe verfrachtet. Die TU Chemnitz hatte einen LKW gemietet, eine Anlage draufgepackt und machte schon mal ordentlich Stimmung, bevor es überhaupt losging.

Um 13 Uhr ging es los, mit Sprechchören, Musik, Trommeln, Pfeifen und Rasseln ging es durch die Karlsruher Innenstadt. Mittlerweile waren auch die Karlsruher Studierenden eingetroffen, so dass der Zug vom Kronenplatz knapp 500 Meter weit bis zum Marktplatz reichte. (Das wäre als ob man die KaJo vom Siegesdenkmal bis zum Martinstor voll Leute packen würde.) Die meisten Karlsruher nahmen es ganz locker, einige liefen sogar ein Stückchen mit. Die einzigen, die offensichtlich ein wenig genervt waren, waren die Angestellten der Karlsruher Verkehrsbetriebe – was ihnen auch nicht zu verdenken ist, da ging zeitweise nicht mehr viel. Die Schätzungen über die Demoteilnehmer liegen weit auseinander. Die Wahrheit wird wohl zwischen den 3500 von der Polizei gesehenen und den 7000 vom Veranstalter gezählten liegen.

Die Stimmung war klasse, das Wetter auch, bis am Ende der Demo die Kungelung begann. In leichtem Nieselregen begrüßte uns Daniel Bruns vom UStA in Karlsruhe. Der zweite Redner war Mike Nagler, Sprecher der Konferenz Sächsischer Studierendenschaften. Er warf den Politikern Willkür und Kleinstaaterei vor, „in einer Zeit in der

mancher von ‚einem Europa‘ träumt.“ Für Mitbestimmung und gegen eine Vermarktung von Bildung lautete sein Plädoyer. Als letzte sprach Katharina Volk vom Bündnis für Politik und Meinungsfreiheit. Sie machte klar, dass keiner hier über die „hanebüchensten Studiengebührenmodelle“ diskutieren wolle, dass wir kein Stück vom Kuchen wollen. „Wir wollen das ganze Rezept verändern.“ Unter tosendem Applaus und Sprechchören wurden die RednerInnen verabschiedet und die Demonstrierenden eingeladen zum Glühweintrinken in der Uni. Auf dem Rückweg kam es noch zu einer kleinen „Spontandemo“ vor dem Bundesverfassungsgericht, bei der selbst die PolizistInnen mitlachen mussten, als „Wir sind viel mehr als ihr“ gerufen wurde.

Wieder in der Uni machten sich die meisten nach ein, zwei Glühwein auf den Rückweg nach Freiburg. Um 18 Uhr war man wieder daheim, hatte sicher nicht die Welt verändert, aber doch Richtern und Politikern klargemacht, dass man sich interessiert für das, was da passiert, dass es eben KEIN SPIEL MIT BILDUNG ist. Sondern unser bitterer Ernst.

CLEMENS WEINGART

[Clemens war zwar nicht im Gericht, aber scheinbar noch mittendrin als Daniele.]

Ihg

Im letzten Semester noch ein weitbekanntes Ding, ist es jetzt kaum noch jemandem ein Begriff. „Ist das nicht das was da gerade in Karlsruhe verhandelt wird?“ NEIN! Das LandesHochschulGesetz ist das Gesetz welches heute, ja heute vom Landtag verabschiedet wird und in dem Vorgaben für die Struktur und Organisation der Hochschulen gemacht werden.

Ab 1.1.2006 wird dann unter dem scheinbaren Zugewinn von Kompetenz und Autonomie der Hochschule die demokratische Mitbestimmung innerhalb dieser massiv eingeschränkt. Um die „in Gremien ‚abgesessene‘ Zeit“ zu minimieren, wird in Zukunft ein mehrheitlich von Externen besetzter Aufsichtsrat sowie ein mal wieder in seiner Kompetenz und Machtfülle aufgerüstetes Rektorat einen Großteil der vormals im Senat unter Beteiligung aller Statusgruppen getroffenen Entscheidungen treffen.

Laut Frankenberg ein „weiterer Meilenstein für zukunftsweisende Gestaltung der Hochschullandschaft“ ist dieses Gesetz tatsächlich ein weiterer Schritt hin zu Entdemokratisierung und Privatisierung, hin zu einem Umbau der Hochschulen zu nach marktwirtschaftlichen Kriterien arbeitenden Ausbildungsfabriken.

Wir sagen Dankeschön für diese Zukunft.

CLEMENS WEINGART



auch so können delegationen aussehen